

Mehr Pragmatismus, weniger Ideologie – für eine Koalition der Mitte

Positionen des VBKI zur Wiederholung der Wahlen am 12. Februar 2023

Die Wiederholung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen am 12. Februar 2023 stellt – insbesondere mit Blick auf die schockierenden Ereignisse der vergangenen Silvesternacht – einen Weckruf dar und bietet die Gelegenheit zu einem politischen Neuanfang.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) hatte zur Wahl 2021 mit seinem Papier „Berlin, mach’s besser!“ klare Erwartungen der Berliner Wirtschaft an eine neue Landesregierung formuliert und auf eine Koalition der Mitte gehofft. Ein Teil unserer Forderungen fand sich in der Koalitionsvereinbarung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKE sowie in den Richtlinien der Regierungspolitik des rot-grün-roten Senats unter der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey wieder. Gleichwohl hat das oftmals ideologisch geprägte Handeln einzelner Regierungsmitglieder im letzten Jahr insgesamt zu einer Ernüchterung geführt. Die Wahlwiederholung nimmt der VBKI nun zum Anlass, einen Blick auf die kurze Regierungszeit des noch amtierenden Senats und die zwischenzeitlich veränderten Rahmenbedingungen zu werfen.

Für den VBKI steht fest: Die Berliner Politik muss den Staat dort stärken, wo Stärke erforderlich ist (Justiz und Innere Sicherheit), sie muss modernisieren, wo uns Rückstand lähmt (Verwaltung und Bürokratie) und sie muss endlich Investitionen ermöglichen, wo es um die Zukunft geht (kritische Infrastrukturen, Mobilität, Hochschulen, Schulen und Wohnen). Einen solchen Neuanfang trauen wir der aktuellen Regierungskoalition nicht zu, die immer wieder an der eigenen Ideologie scheitert. Für einen Neuanfang braucht Berlin eine pragmatische, lösungsorientierte und undogmatische Koalition der Mitte.

I. Veränderte Rahmenbedingungen erfordern eine fokussierte Politik

Der Beginn des brutalen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 ist ein historischer Wendepunkt der Weltpolitik. Beinahe alle Politikfelder und Regionen in Europa sind von seinen Auswirkungen betroffen. Verteidigungspolitisch muss der veränderten Sicherheitslage Rechnung getragen, migrationspolitisch für Unterbringung, Bildung und Arbeitsmarktintegration der aus der Ukraine Geflüchteten gesorgt, sozialpolitisch die Folgen von hohen Energiekosten und Inflation abgepuffert und wirtschaftspolitisch die Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit insbesondere der industriellen Kerne gesichert werden. Bundeskanzler Olaf Scholz hat daher zu Recht von einer Zeitenwende für Deutschland gesprochen. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey und Teile des Berliner Senats haben sich angesichts der vielfältigen Herausforderungen als zupackende Krisenmanager bewährt.

In Folge des Krieges kommen weitere enorme finanzielle und gesellschaftliche Herausforderungen auf uns zu. Dies gilt gleichermaßen für alle staatlichen Ebenen und somit auch für Berlin und die Berliner Bezirke. Die Berliner Wirtschaft ist nach dem „Wiederanlaufen“ nach der Corona-Pandemie nach sehr kurzer Zeit nun schon wieder neuem Druck und Stress ausgesetzt. Wichtige Teile der Berliner Wirtschaft ächzen unter den hohen Energiekosten und einer inflationsbedingt einsetzenden Konsumzurückhaltung der Bevölkerung.

Der VBKI erwartet daher von einem Senat nach der Wiederholungswahl, sich diesen neuerlichen Herausforderungen im besonderen Maße zu stellen, seine Politik den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, klare Prioritäten zu setzen und langfristige Weichenstellungen für einen resilienten Wirtschaftsstandort Berlin vorzunehmen. Die im Zuge der Berliner Entlastungspakete beschlossenen Maßnahmen des Berliner Senats zur

Unterstützung der hiesigen Unternehmen gehen in die richtige Richtung, werden aber nicht für alle Unternehmen ausreichend sein.

Der zukünftige Senat ist daher aufgefordert, seine Maßnahmen achtsam den laufenden Entwicklungen anzupassen, dort, wo nötig, nachzusteuern und sich als verantwortungsvoller und handlungsfähiger Krisenmanager zu bewähren. Der VBKI als Stimme der Berliner Wirtschaft fordert ihn auf, sich in seiner Arbeit auf das wirtschaftlich Notwendige und nicht das politisch Wünschenswerte zu fokussieren.

II. Der aktuelle Berliner Senat hat im letzten Jahr durchaus einiges erreicht ...

Senat beweist wirtschaftspolitisches Handeln

Der Berliner Senat hat wie versprochen zügig ein Neustart-Programm aufgelegt, um insbesondere den von der Corona-Pandemie besonders hart getroffenen Branchen wie Tourismus, Gastronomie sowie Veranstaltungs- und Kreativwirtschaft neue Dynamik zu verleihen. Auch im Kontext der explodierenden Energiekosten hat der Berliner Senat im Rahmen seiner Entlastungen die Bedarfe der Berliner Unternehmen in den Blick genommen und wichtige erste Hilfestellungen geleistet. Über das reine Krisenmanagement hinausgehend treibt der Senat weitere wichtige Initiativen voran, um neue Potentiale für die Berliner Wirtschaft zu heben. So begrüßen wir als VBKI etwa die kürzlich verabschiedete Fortschreibung der Berliner Startup-Agenda, die Einrichtung der neuen Förderlinie „Reallabore“ sowie das endlich wieder erfolgende Nachdenken über die Zukunft des ICCs.

Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung lassen hoffen

Die Ende November vom Chief Digital Officer (CDO) vorgestellten Vorschläge zu einer Reform der Berliner Verwaltung gehen in die richtige Richtung. Die Aufgabenverteilung zwischen Land und Bezirken klarer zu fassen und Verantwortung eindeutiger zu verorten, kann – eine kraftvolle Umsetzung vorausgesetzt – helfen, dem in Berlin so beliebten Behörden-Pingpong ein Ende zu setzen. Auch der Ansatz, zunächst Verbesserungen jenseits einer Verfassungsreform anzustreben, ist ein zu begrüßendes pragmatisches Vorgehen, um zeitnah Ergebnisse zu erzielen. Gleichwohl bedarf es bei Digitalisierung und Optimierung von Verwaltungsprozessen und der Erreichbarkeit von Bürgerservices etwa in den Bürgerämtern eines höheren Tempos.

Zentrale Verantwortung und Steuerung wurden gestärkt

Der VBKI begrüßt grundsätzlich, dass der neue Berliner Senat stärker zentraler steuert, um Prozesse zu beschleunigen und bessere Ergebnisse zu erzielen. Dies gilt insbesondere für die stärkere Wahrnehmung der Richtlinienkompetenz durch die Regierende Bürgermeisterin. So begrüßen wir ausdrücklich, dass mit der Senatskommission Wohnungsbau zur Konfliktlösung im Bereich des Wohnungsneubaus eine unserer zentralen Forderungen erfüllt wurde. Auch die Einrichtung der neuen Organisationseinheit des CDO und seine Verzahnung zwischen Senatskanzlei und Innenverwaltung ist ein richtiger Schritt.

III. ... aber auch Vieles nicht mit der nötigen Verve und den erhofften Ergebnissen vorangetrieben

Verwaltungsreform: Neue Instrumente und neues Mindset bei öffentlich Beschäftigten umsetzen

Nur mit einer leistungsfähigen und modernisierten Verwaltung wird das Land Berlin seine Vorhaben umsetzen können. Dies ist die Kernbotschaft, die der VBKI gemeinsam mit der Stiftung Zukunft Berlin und dem Architekten- und Ingenieurverein Berlin-Brandenburg in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gesetzt hat. Die Verwaltungsmodernisierung ist eine besonders wichtige Aufgabe des zukünftigen Senats. Die Vorschläge des CDO müssen nun kraftvoll umgesetzt werden. Im bisherigen Koalitionsvertrag ist zudem ein neues Mindset für die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung verankert. Kulturwandel und mehr Entscheidungsfreude finden sich dort als Anspruch ebenso wieder wie gute Arbeitsbedingungen und neue Formen der Zusammenarbeit. Der VBKI begrüßt dieses langfristig angelegte Vorhaben, dringt aber auf eine konsequente Umsetzung. Wir wissen:

Motivierte, zielorientierte und kooperative Beschäftigte sind die zentrale Voraussetzung für bessere Verwaltungsleistungen. Über das Forum CEOs FOR BERLIN unterbreitet der VBKI ein entsprechendes Entwicklungs- und Coaching-Angebot, um sich bei diesem Thema noch stärker zu engagieren.

Rechtsstaat und Innere Sicherheit – Justiz und Polizei stärken, kriminelle Handlungen konsequent ahnden

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates. Ihr wird in Berlin nicht ausreichend nachgekommen. Das gefährdet den unverzichtbaren Zusammenhalt der Gesellschaft und die Solidarität zwischen rechtstreuen Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund. Einen neuerlichen Tiefpunkt und Weckruf für die gesamte Berliner Stadtgesellschaft stellen die erschütternden Ereignisse der letzten Silvesternacht dar. Kriminelle Milieus, die offensichtlich überwiegend aus jungen deutschen oder nichtdeutschen Männern mit Migrationshintergrund bestehen, entladen ihre Frustration, Gewaltbereitschaft und Aggressivität an Polizisten, Feuerwehrleuten sowie fremdem Eigentum und beweisen damit eine inakzeptable Geringschätzung unseres Staates und unserer Werte. Berlin macht damit erneut Negativschlagzeilen und beschädigt seinen Ruf als aufstrebende Wirtschaftsmetropole.

Nicht erst angesichts dieser Ereignisse muss der Rechtsstaat in Berlin endlich seine „rosarote Brille“ ablegen und sich stärker mit den bestehenden Realitäten auseinandersetzen. Nach den Gewaltexzessen der Silvesternacht verbietet sich ein „Weiter so“ im Bereich von Innerer Sicherheit und Justiz. Die große Mehrheit der friedfertigen Menschen in Berlin ist es leid, eine Debattenkultur und Entscheidungen zu erleben, die die Polizei mit sprachlichen Vorgaben gängelt oder die Bekämpfung von Clan-Kriminalität als „strukturelle Diskriminierung“ versteht und verschleppt. Es bedarf daher einer Kombination aus konsequenter Strafverfolgung und Ausreizen bestehender rechtlicher Rahmen mit einer engagierten, fordernden und verbindlichen Integrationspolitik. Dazu müssen entsprechende Kapazitäten bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizei sowie den integrationsverantwortlichen Stellen aufgebaut werden. Dies gilt für die Sicherheitspolitik ebenso wie für zivil- und verwaltungsrechtlich relevante Verfahren und Prozesse.

Bauen, Bauen, Bauen: Berlin braucht dringend mehr Wohnraum

Das Wohnungsproblem wird zunehmend zur sozialen Frage Nummer eins und gefährdet den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. 2021 hatte der VBKI 30.000 neue Wohnungen jährlich gefordert, die Koalition hatte sich selbst das Ziel von 20.000 Wohnungen im Jahr gesteckt. Diese Ziele wurden bei weitem nicht erreicht: Im Jahre 2022 wurden lediglich 16.500 Wohneinheiten fertiggestellt, noch einmal weniger als im Vorjahr. Angesichts steigender Zinsen, aktuell explodierender Materialkosten und Fachkräftemangels am Bau hat der vorherige Berliner Senat wichtige Jahre verschenkt, in denen Neubau noch bezahlbarer war. Das zögerliche Handeln rächt sich nun und erschwert die Schaffung von Wohnraum – auch ökonomisch – zusätzlich. Die nicht endenden Debatten um Enteignungen halten wir rechtlich wie ökonomisch für einen Irrweg, der keine einzige zusätzliche Wohnung schafft, sondern jahrelange rechtliche Unsicherheiten verursacht. Ebenso kontraproduktiv ist das Instrument des (Rück-)Kaufs von Wohnungsbeständen auf dem Markt. Es verbrennt öffentliche Mittel in Milliardenhöhe und schafft ebenfalls keinerlei neuen Wohnraum.

Stattdessen sollte der Berliner Senat neben dem Neubau lieber auf eine intelligente Eigentumsförderung setzen, die ökologische und soziale Aspekte in einem besonderen Maße berücksichtigt. Wir wissen: Eigentum erleichtert individuelle Freiheit und stärkt das Engagement für das direkte Umfeld, den Kiez und die Stadt. Der VBKI macht sich zudem stark für eine Internationale Bauausstellung, die Perspektiven für die Europäische Stadt auf dem Weg ins 22. Jahrhundert beschreibt. Eine IBA kann Möglichkeiten für öffentliche Räume und attraktive Innenstädte erarbeiten sowie Best-Practice-Beispiele vorstellen, wie Stadträume sich an den Klimawandel anpassen.

Multimodale Verkehrslösungen bedarfsgerecht anbieten

Die Berlinerinnen und Berliner in den Innen- und insbesondere den Außenbezirken ebenso wie die zunehmende Zahl der Pendlerinnen und Pendler brauchen Verkehrslösungen, die stadt- und umweltverträglich funktionieren und das unabhängig von der Art des Verkehrsträgers. Stattdessen haben die Verantwortlichen im Berliner Senat mit der Friedrichstraße und vergleichbaren Vorhaben Symbolpolitik betrieben und das Klima auf Berlins Straßen vergiftet. Die politisch Handelnden sollten ihre Energien besser in die Ertüchtigung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur stecken – auch über die Grenzen Berlins hinaus – und dabei insbesondere die Außenbezirke besser anschließen. Klimakleber, gleich ob auf Straßen oder Kunst, sind aus Sicht des VBKI mit allen rechtlich möglichen Mitteln zur Rechenschaft zu ziehen, denn sie schaden mit ihren Aktionen ihrem eigentlichen Ziel – dem Schutz von Klima, Natur und Umwelt.

Als Verein von Unternehmerinnen und Unternehmern setzen wir uns für gute Lösungen im Bereich des Wirtschaftsverkehrs ein. Wir fordern innovative Rahmenbedingungen, um die Millionenstadt Berlin umweltfreundlich wie effektiv zu ver- und entsorgen. Die Mobilität in Berlin benötigt dazu auch einen dringenden Schub in der Digitalisierung. Die Nutzung von KI-gesteuerten Systemen und die Auswertung von Verkehrsdaten stärken intermodulare Angebote und lassen den Verkehrsfluss effektiver steuern. Bessere Abstimmungen von Ampelschaltungen verringern Staus und damit die Emissionen Co2. Digitale Angebote, die auf die Bedürfnisse der Nutzer angepasst sind, erhöhen die Attraktivität des ÖPNV. Der VBKI begrüßt die Einführung des bundesweiten 49-€-Tickets im Laufe des Jahres 2023, auch wenn hiermit der zweite vor dem ersten Schritt gemacht wird. Denn zunächst hätte es einer Ertüchtigung, Ausbaus und Qualitätsverbesserung des ÖPNVs bedurft. Um mehr Beschäftigte von den öffentlichen Verkehrsmitteln zu überzeugen, braucht es zudem attraktive Lösungen für Job-Tickets.

Wissenschaft und Forschung das nötige Gewicht geben

Eine der großen Stärken der Hauptstadt ist die internationale Strahlkraft Berlins als einzigartige Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Mit dem neuen Ressortzuschnitt hat der neue Berliner Senat die Verantwortlichkeiten aus der Senatskanzlei herausgelöst und in ein neues Mammutressort integriert. Angesichts der nach wie vor nicht ausgestandenen Corona-Pandemie agiert die Wissenschafts- und Forschungssenatorin primär als Gesundheitssenatorin. Die Kernbereiche Wissenschaft und Forschung kommen dabei deutlich zu kurz. Dies ist aufgrund der hohen Bedeutung für wissenschaftsnahe Wirtschaftsbereiche und die anstehenden wissenschaftspolitischen Herausforderungen etwa mit Blick auf die Exzellenzinitiative dauerhaft nicht akzeptabel.

Eine ambitionierte, an Exzellenz orientierte Wissenschaftspolitik ist für den Erfolg des Standorts Berlin insgesamt und gerade auch für die Wirtschaft entscheidend. Die Wirtschaft wird den Senat an dem Erfolg der Exzellenzstrategie messen. Der VBKI unterstützt daher die Berlin University Alliance bei der zweiten Wettbewerbsphase der Exzellenzstrategie des Bundes, bei der voraussichtlich im März 2024 die Neuausschreibung der Förderlinie Exzellenzuniversitäten startet. Um den Investitionsstau von etwa 8 Milliarden Euro im Hochschulbau aufzulösen, befürwortet der VBKI alternative Finanzierungsmodelle. Exzellente Forschung und Lehre bedürfen zeitgemäße Lern- und Forschungsräume.

Bildung ist das Fundament der Zukunft

Der Berliner Wirtschaft fehlt es an allen Ecken und Enden an Nachwuchs. Gut ausgebildete Fachkräfte sind Mangelware. Gleichzeitig tritt die Verbesserung der Situation in den Berliner Schulen seit Jahren auf der Stelle. Wenn es nicht gelingt, hier zu raschen Verbesserungen zu kommen, wird Berlin im Wettbewerb der Standorte langfristig das Nachsehen haben. Der VBKI fordert daher die konsequente und rasche Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur Schulqualität ein. Der dafür eingesetzte Qualitätsbeirat, der die Umsetzung begleiten soll, muss weitergeführt und in seiner Rolle gestärkt werden.

Gute Bildung beginnt bei Schulen, in denen das Lernen in einem vernünftigen, zeitgemäßen Rahmen möglich ist. Völlig unverständlich ist, dass die Schulbauoffensive gänzlich ins Stocken geraten ist und noch nicht einmal die notwendigsten Reparaturen umgesetzt werden. Nachdem es die Verwaltung nicht geschafft hat, dieses seit Jahren bestehende Problem zu

lösen, ist es an der Zeit, einen zentralen Beauftragten für den Schulbau einzusetzen und diesen mit geeigneten Durchgriffsrechten auszustatten. Neben dem Erfolg im Wohnungsneubau wird sich Berlin sehr schnell an Erfolgen bei der Verbesserung der Bildung messen lassen müssen.

Sport als gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Treiber Berlins stärken

Breiten- und Spitzensport haben für Berlin eine immense Bedeutung – sozial, gesundheits- wie integrationspolitisch und nicht zuletzt auch wirtschaftlich. Die Sportmetropole Berlin genießt international einen exzellenten Ruf und zählt Millionen engagierter und aktiver Berlinerinnen und Berliner. Vom neuen Berliner Senat erwartet der VBKI daher ein klares Bekenntnis zur Förderung des Spitzensports und zur Durchführung internationaler Sportgroßveranstaltungen. Mit den Special Olympics World Games findet im Sommer das größte inklusive Sportereignis der Welt statt. Die erfolgreiche Gestaltung dieses Sport-Events verspricht der Stadt einen weiteren Entwicklungsschub und sollte dazu beitragen, die Region als Gastgeber von sportlichen Großereignissen weltweit zu positionieren.

Wirtschaft, Transformation und Klima zusammen denken

Die klimafreundliche Transformation der Berliner Wirtschaft hat angesichts der rasant steigenden Preise für fossile Energieträger eine zusätzliche Bedeutung erhalten. Der Senat hatte angekündigt, eine Berliner Dachstrategie zu entwickeln, die Klimaneutralität als Querschnittsthema verankert. Diese Strategie ist bisher nicht ausreichend erkennbar. Temporäre Hilfen des Staates für Unternehmen, die von steigenden Energiekosten in besonderem Maße betroffen sind, müssen mit einer langfristigen Strategie einher gehen. Es bleibt für den VBKI dabei, dass dies nur durch einen intensiven Transfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft möglich ist. Unter Einbindung der lokalen Wirtschaft sind Innovationsprojekte zu realisieren.

Pragmatisch im Team, statt dogmatisch gegeneinander arbeiten

Der Senat hat wiederholt durch Uneinigkeit in Einzelfragen auf sich aufmerksam gemacht: Dissense wurden mit dem Ziel der persönlichen oder parteipolitischen Profilierung öffentlich ausgetragen, anstatt sie intern zu klären. Dies dient weder einer sachgerechten Problemlösung, noch stärkt es das Vertrauen der Berliner:innen in staatliches Handeln. Vielmehr entsteht – zumindest bei Teilen des Senats – der Eindruck, dass Partikularinteressen dogmatisch gefolgt, statt gesamtstädtisch und übergreifend gedacht wird. Berlin kann sich angesichts der vielfältigen Krisen und der immensen Herausforderungen jedoch kein Parteiengänzank leisten, sondern braucht eine handlungsfähige Regierung, die zielorientiert und vertrauensvoll zusammenarbeitet!

Senat nach dem 12. Februar 2023 muss insbesondere bei der Lösung der Kernprobleme Berlins deutlich Fahrt aufnehmen. Aus Sicht des VBKIs gelingt dies am besten mit einer pragmatischen und umsetzungsstarken Koalition der Mitte, die Probleme kooperativ löst, anstatt die Stadtgesellschaft gegeneinander in Stellung zu bringen. **Berlin, mach's besser!**